

# ***E pluribus unum?***

## **Eine alternative Strategie für Europa**

von Werner Abelshauser

*Die anhaltende Krise der Eurozone wirft die Frage auf, ob der bisher eingeschlagene Weg der europäischen Integration geeignet ist, den Kontinent nach innen wie nach außen handlungs- und wettbewerbsfähig zu gestalten. In wirtschaftlicher Hinsicht geht es dabei um eine Strategie, die der Einzigartigkeit des europäischen Wirtschaftsraums gerecht wird. Diese besteht darin, dass der Kontinent – anders als der nordamerikanische – über historisch gewachsene unterschiedliche Wirtschaftskulturen verfügt. Entscheidend sind ihre Eignung im Wettbewerb auf konkreten Weltmärkten und die Funktionsfähigkeit ihrer Institutionen. Es bedarf dazu einer Wirtschaftspolitik, die in der Lage ist, unterschiedliche wirtschaftskulturelle Bedingungen zu identifizieren und daraus Strategien zu entwickeln, sie zu verbessern. Diese produktive Ordnungspolitik steht im Gegensatz zu einer Politik der Harmonisierung, die von einheitlichen Marktbedingungen ausgeht. Was die EU braucht, sind Regeln und Strategien, die Einheit in der Vielfalt zulassen.*

*The ongoing crisis in the euro zone raises the question of whether the previously chosen path of European integration is likely to spur internal and external competitiveness and performance. In economic terms, it is about a strategy that does justice to the uniqueness of the European Economic Area. Its special feature is that Europe – in contrast to North America – has historically developed diverse economic cultures whose qualities match the requirements of distinct markets and whose set of institutions are functional. An adequate European economic policy has to acknowledge these cultures and develop strategies to improve their individual effectiveness. This productive governance (produktive Ordnungspolitik) stands in stark contrast to a policy of harmonization that emanates from the idea of uniform market conditions. What the EU needs are rules and strategies that allow unity in diversity.*

### **I. Problemstellung**

Deutsche Welt(markt)politik erinnert derzeit stark an das Schicksal der oberdeutschen Städte in der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg. Nürnberg, Augsburg und die anderen deutschen Exportzentralen dominierten wirtschaftlich die europäische Handelsachse von Flandern bis Venedig und weit darüber hinaus die spätmittelalterliche Weltwirtschaft. Sie konnten sich dabei lange auf eine funktionierende *lex mercatoria* stützen, die vor allem auf der Anerkennung des Prinzips der Reziprozität, d.h. der strikten Gegenseitigkeit von Leistungen und Privi-

legien, durch städtische Akteure auf dem „Weltmarkt“ beruhte. Eigene militärisch-politische Schwäche überdeckte man notdürftig durch Mitgliedschaften in regionalen Städtebündnissen. Es gelang aber nicht, den ausgedehnten wirtschaftlichen Aktionsraum auf Rohstoff- und Absatzmärkten durch eine entsprechende politische und militärische Reichweite zu konsolidieren,<sup>1</sup> so dass – mit Ausnahme der Schweiz und den Niederlanden – die Stadtwirtschaft im Konflikt mit den Territorialmächten unterging und damit auch die spätmittelalterliche Weltwirtschaft.

Heute operiert Deutschland als viertgrößte Handelsnation von einer sicheren europäischen Marktbasis aus weltweit mit großem Erfolg. Es muss sich dabei noch immer auf eine Weltwirtschaftsordnung verlassen, die auf dem Funktionieren der *lex mercatoria* beruht, wie sie sich heute in der *World Trade Organization (WTO)*, den Internationalen Finanzinstitutionen der Vereinten Nationen (IWF, Weltbank etc.), der G8 oder der G20 verkörpert. Es ist dies aber eine Schönwetter-Sicherheit, die kommenden Turbulenzen auf den Weltmärkten nicht standhalten muss. Umso wichtiger ist der europäische Binnenmarkt als Glacis und Instrument deutscher Handelsmacht. Vor diesem Hintergrund stellt sich aber auch die Frage, ob dieser Schirm ausreicht, um Deutschland (und seinen Nachbarn) das Schicksal der alteuropäischen Stadtwirtschaft zu ersparen. Wäre es nicht vielmehr der bessere Weg, Europa als Ganzes, als einheitliche Wirtschaftsmacht in die Lage zu versetzen, führenden Welthandelsnationen, wie den USA und Japan, aber auch *emerging markets*, wie China, Brasilien oder Indien, auf Augenhöhe zu begegnen? Für den europapolitischen *mainstream* steht dieses Ziel gegenwärtig ganz oben auf der Agenda, weil es wie kein anderes geeignet scheint, die Notwendigkeit eines europäischen Superstaates zu unterstreichen. Für Deutschland, selbst eine der führenden Handelsnationen, birgt dieses Szenario freilich das Risiko, nicht länger souverän über hinreichende wirtschafts- und finanzpolitische Mittel zu verfügen, um seine komparativen Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu sichern und weiter zu entwickeln.<sup>2</sup> Aber auch für den Weg Europas zur einheitlichen Wirtschaftsmacht zeichnet sich noch keine klare Strategie ab. Bedarf es dazu eines supranationalen Einheitsstaates oder sind die nationalen Mitgliedstaaten auch auf lange Sicht geeignete Trä-

1 Tilly, C.: *Coercion, Capital and European States. AD 990-1990*, Cambridge MA, 1990.

2 Zur aktuellen Ausprägung von David Ricardos klassischem Theorem der komparativen Kosten s. Abelshauser, W./Gilgen, D.A./Leutzsch, A. (Hg.): *Kulturen der Weltwirtschaft*, Göttingen, 2012; insbes. Abelshauser, W.: Ricardo neu gedacht. Komparative institutionelle Vorteile von Wirtschaftskulturen, a.a.O., 29-58.

ger einer europäischen Wirtschaftspolitik, die nach der Vollendung des Binnenmarktes Kraft aus der historisch gewachsenen Vielfalt seiner Wirtschaftskulturen schöpfen kann?

## **II. Von Paris über Rom nach Maastricht – und zurück?**

Als sich 1950 sechs europäische Staaten auf den Weg machten, ihre Wirtschaft Markt für Markt zusammenzuführen, hatten sie ein supranationales Europa vor Augen. Die im folgenden Jahr in Paris geschlossene Montanunion aus Frankreich, Westdeutschland, Italien und den Beneluxstaaten bot sich dafür als Einstieg an. Lediglich Deutschland musste in nennenswertem Umfang Souveränität an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl abtreten. Alle anderen Mitglieder verfügten entweder über nur geringe schwerindustrielle Marktmacht oder strebten sie – wie Frankreich – erst an. Aber auch den Deutschen fiel es leicht, sich der Hohen Behörde in Luxemburg unterzuordnen, stand man doch immer noch unter Besetzungsstatut und war weit davon entfernt, souverän über die Zukunft der eigenen Montanwirtschaft zu entscheiden. Doch dieses Prinzip der strukturellen Diskriminierung Deutschlands, das für den Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl so wirksam war, versagte schon auf dem Rüstungsmarkt, den die Sechs parallel zur Montanunion ins Visier nahmen. Gerade hier wäre es darauf angekommen, das deutsche Potenzial, zum Atomwaffenstaat aufzusteigen, durch gemeinsamen Verzicht auf Souveränität zu neutralisieren – zumal Westdeutschland unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen zur „Selbstbindung“ durchaus bereit war. Der supranationale Anspruch der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der in sie eingeschlossenen Politischen Gemeinschaft kollidierten aber im August 1954 mit der Souveränität Frankreichs, das der atomaren Fesselung Deutschlands nicht die eigenen Ambitionen, Atommacht zu werden, opfern wollte.

In den Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1957 zu einer *relance européenne* führten, stand Supranationalität nicht mehr zur Debatte. Auch die Vorstellung, nur ein geeintes Europa könnte zum *global player* aufsteigen, der in der Lage sei, der Führungsmacht USA oder wenigstens damaligen Schwellenländern, wie Argentinien, Indonesien und Ägypten, auf dem Weltmarkt die Stirn zu bieten, lag noch fern. Lediglich eine defensive Variante dieser heute bei vielen Verfechtern supranationaler europäischer Integration populären Zielsetzung spielte bei der Gründung der EWG eine Rolle. Das bei den Verhandlungen federführende Auswärtige Amt schätzte am europäischen Binnenmarkt die Alternative zur Weltmarktorientierung der um das

Bundeswirtschaftsministerium gescharten Globalisierungsfreunde, die Westdeutschland „in der drückenden Ehe“ mit dem protektionistischen Frankreich (und Italien) in seiner Freizügigkeit gehemmt und in seinen lebenswichtigen Verbindungen mit dem Weltmarkt gefährdet sahen.<sup>3</sup> Ein „derart ungestümer weit auslaufender Vorstoß in den freien Raum“ erschien dem Amt zu riskant, fürchte te man doch, er müsse in einer Weltwirtschaftskrise enden. Bestand habe nur, „was politisch organisiert“ ist. Die Sechs schlossen daher eine Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten, deren Ziel nicht die Überwindung, sondern die Überlebensfähigkeit der beteiligten Nationalstaaten war.<sup>4</sup> An diesem Status hat sich bis heute ungeachtet einer sich ausweitenden intergouvernementalen Praxis für 28 Mitglieder der Europäischen Union nichts Wesentliches geändert, wie das Bundesverfassungsgericht nicht aufhört zu betonen.<sup>5</sup> Dennoch haben die Bannerträger Europas<sup>6</sup> von Anfang an nichts unversucht gelassen, die Karte des funktionalen, in gewisser Weise subversiven Föderalismus zu spielen, der von ersten, kleinen Schritten ausgehend, schließlich zum Ziel der gesamteuropäischen Souveränität gelangen würde. Sie rechtfertigen diese Salamitaktik der Europapolitik mit der Zwangsläufigkeit technologischer Entwicklungsprozesse und der Logik des Marktes: Das Streben nach wirtschaftlicher Modernisierung musste nach Überzeugung dieser „europäischen Eliten“ früher oder später auch politisch zum Einheitsstaat führen.<sup>7</sup> Die in den 90er Jahren getroffene Entscheidung für die europäische Einheitswährung ist dafür ein Beispiel *par excellence*.

In der Modellwelt des „optimalen Währungsraumes“ scheinen zunächst alle wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben, um die Währungsunion zum Motor einer supranationalen Umformung der europäischen Vertragsgemeinschaft zu

- 3 Aufzeichnung für die Kabinettssitzung zum Gemeinsamen Markt, 04.10.1956, PA AA, B2, Bd. 155; Erhard an Adenauer am 25.09.1956, betr. gemeinsamer Markt, ebd.
- 4 Es gehört zu den gesicherten Ergebnissen wirtschaftshistorischer Forschung, dass der europäische Integrationsprozess spätestens seit 1954 nicht vorangetrieben wurde, um die Nationalstaaten zu überwinden, sondern um sie unter neuen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen überlebensfähig zu machen. Vgl. *Milward, A.S.: The European Rescue of the Nation State*, London, 1994; *Gillingham, J.: European Integration, 1950-2003. Superstate or New Market Economy?* Cambridge, 2003.
- 5 So in seiner Entscheidung zum Vertrag von Lissabon: BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.06.2009, Absatz-Nr. 3, [www.bverfg.de/entscheidungen](http://www.bverfg.de/entscheidungen). Neuerdings: BVerfG, 2 BvR 987/10 vom 07.09.2011, Leitsätze, [www.bverfg.de/entscheidungen](http://www.bverfg.de/entscheidungen). Das BVerfG stellt dort ausgabenwirksame solidarische Hilfsmaßnahmen des Bundes im unionalen Bereich ausdrücklich internationalen Hilfsmaßnahmen gleich.
- 6 Bundespräsident Joachim Gauck zieht sie gerade wieder den Bedenkenträgern vor, weil sie nicht zaudern, sondern gestalten. Rede zu Perspektiven der europäischen Idee, Berlin, Schloss Bellevue, 22.02.2013.
- 7 Vgl. dazu ausführlich *Abelshauser, W.: It's not the economy, stupid. Die politische Ökonomie der europäischen Integration in der Krise*, in: ZSE, 8/1(2010), 1-23.

machen. Die Euroländer verfügen über hohe Flexibilität und Mobilität der Arbeits- und Gütermärkte und auch ihre Integration in den Welthandel („Offenheitsgrad“) lässt wenig zu wünschen übrig. Blieb nur noch der Appell an die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, einige wenige Regeln einzuhalten, die für den Zusammenhalt des Währungsraumes unabdingbar sind. Die Beachtung dieser im Vertrag über die Europäische Union 1992 in Maastricht festgelegten Kriterien setzt freilich kollektive Mentalitäten der Euroländer voraus, die sie befähigen, Staat und Gesellschaft so zu organisieren, dass diese Regeln auch eingehalten werden können. Zwar war von Anfang an klar, dass der gemeinsame Währungsraum sehr unterschiedliche, oft über lange historische Zeiträume gewachsene kollektive Mentalitäten einschloss, doch zweifelten die Verfechter einer europäischen Einheitswährung keinen Augenblick daran, dass sich allgemein verbindliche Standards für Budget-Defizite, Verschuldungsquotienten oder Inflationsraten unter dem Druck der Kapitalmärkte ganz selbstverständlich durchsetzen würden. In der Vorstellungswelt zwangsläufiger funktionaler Integrationsprozesse schien die soziale und politische Kompetenz, gemeinsam gesetzte Regeln auch einzuhalten, zu einer bloßen Willensfrage politischer Disziplin zu schrumpfen. Schließlich stand als *ultima ratio* auch noch die Methode „Geld gegen Konditionen“ zur Verfügung.

Aus historischer Perspektive wissen wir aber auch, dass der Widerstand gegen den europäischen Einheitsstaat aus vielerlei Gründen groß ist. Für Großbritannien und die skandinavischen Länder gehörte er von Anfang an erklärtermaßen nicht zu den Optionen der europäischen Integration und daran hat sich bis heute nichts geändert. Ansätze von *nation building* lassen sich in der Europäischen Union praktisch nicht entdecken. Deutschland und Frankreich, obgleich Nachbarn und europapolitische Dioskuren, obgleich wirtschaftlich eng verflochten und in ähnlicher Weise von Globalisierungszwängen herausgefordert, stehen in kultureller und sprachlicher Hinsicht Rücken an Rücken.<sup>8</sup> Es gibt keine gemeinsame mediale und politische Öffentlichkeit und – Jahrzehntelanger staatlicher Förderung zum Trotz – nur schwache transnationale Beziehungen. Wenn Intellektuelle beider Länder über den Rhein blicken, wie es selten genug der Fall ist, geschieht dies in der Art von Ethnologen, die versuchen, einen im Grunde fremden Volksstamm zu verstehen. Deutsche und Italiener haben sich über die Jahr-

<sup>8</sup> Kaelble, H.: Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit 1945, in: Uterwedde, H. (Hg.): Frankreich in Europa, Wiesbaden, 2009, 133–150. Das französische Beispiel ist *pars pro toto* in einem *Europa der 28*, das über 24 (!) Amtssprachen verfügt.

hunderte besser kennen gelernt, doch hat dieser Erfahrungsschatz die Bereitschaft, in einer „Nation“ zusammenzuleben, nicht sonderlich gefördert. Für Deutschland brächte der europäische Einheitsstaat zudem nur schwer lösbarer Probleme mit sich: verfassungspolitisch, weil der deutsche Föderalismus jeder einheitsstaatlichen Bindung im Wege steht und wirtschaftlich, weil seine globale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von wirtschaftskulturellen Voraussetzungen ausgeht, die in einem Europa der Dreißig kaum durchsetzbar wären. So wichtig der Europäische Binnenmarkt auch ist, so liegt doch jeder Integrationsschritt, der über ihn hinausgeht, nicht ohne weiteres im Interesse der EU-Mitgliedstaaten.

Dies gilt auch für die Einheitswährung. Spätestens 2010, als die schwelende Bankenkrise das Problem wachsender Staatsverschuldung zahlreicher Euroländer akut werden ließ und sich deren Refinanzierung auf den Kapitalmärkten immer schwieriger gestaltete, trat die Instabilität des Euroraums offen zu Tage. Unterschiedliche kollektive Mentalitäten ließen sich offensichtlich nicht problemlos in die Modellwelt eines „optimalen Währungsraumes“ integrieren. Gleichzeitig mehrten sich die Anzeichen, dass der schwierige Umgang seiner Mitglieder mit den Maastricht-Kriterien auch noch andere gravierende Gründe hat. Neben der Zähigkeit kollektiver Mentalitäten kollidieren auch unterschiedliche wirtschaftskulturelle Voraussetzungen im gemeinsamen Währungsraum mit dem Versuch der „Euro-Retter“, die Währungsunion durch strikte Vereinheitlichung von Regeln und umfassende wirtschaftspolitische Intervention zu disziplinieren. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die Stabilisierung des europäischen Währungssystems (mit oder ohne Einheitswährung) nicht eine einheitliche, sondern ganz unterschiedliche Strategien von Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordert – umfasst Europa doch mehrere historisch gewachsene Wirtschaftskulturen, in denen jeweils eigene Denk- und Handlungsweisen (Institutionen) die Märkte bestimmen und deren Wirtschaft auf sehr verschiedene Weise organisiert ist. Eine Strategie zur wirtschaftlichen Integration Europas müsste dann stärker als in der Vergangenheit dieser Besonderheit Rechnung tragen, wenn sie den einmal erreichten Stand konsolidieren und gleichzeitig von dieser Vielfalt komparativer Wettbewerbsvorteile in der Weltwirtschaft profitieren wollen würde.

Voraussetzung für diesen Kurswechsel in der Europapolitik wäre die Vergemeinschaftung jener produktiven Ordnungspolitik, die manche Nationalstaaten bisher schon mit Erfolg eingesetzt haben, um die komparativen institutionellen Wettbewerbsvorteile ihres jeweiligen Produktionsregimes zu verbessern. Damit sind Strategien staatlicher Rahmen- und Regelsetzung gemeint, die der Gestaltung des sozialen Systems der Produktion dienen – in der Absicht, Wettbewerbs-

vorteile durch funktionierende Institutionen zu erzielen. Wie unterschiedlich produktive Ordnungspolitik in Europa ausfallen müsste, zeigt allein schon die Verschiedenartigkeit der sozialen Produktionssysteme, die sich in divergenten Organisationsweisen des Bankensystems, der Berufsausbildung, der Arbeitsbeziehungen, der Interessenpolitik, der *corporate governance* und in der Vielfalt der Denk- und Handlungsweisen ausdrückt, die dort vertreten sind. Während die deutsche Produktionsweise der nachindustriellen Maßschneiderei „geduldiges“ Kapital voraussetzt, ist der britische Kapitalmarkt auf Risikokapital angewiesen. Eine Wirtschaftskultur, die nicht zuletzt auf der regionalen Verbundwirtschaft kleiner und mittlerer Unternehmen beruht, braucht Kreditinstitute wie die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die diesem Muster Rechnung tragen. Andere Wirtschaftskulturen stützen dagegen ihr „Geschäftsmodell“ vorzugsweise auf Investmentbanken, die den Markt für innovative Finanzprodukte beherrschen (Tab. 1).

*Tabelle 1: Institutioneller Rahmen europäischer Wirtschaftskulturen*

	Anglo-Kapitalismus	Rheinischer Kapitalismus	Mediterraner Kapitalismus	Balkan-Kapitalismus
<b>Soziales System der Produktion</b>	Liberale Marktwirtschaft	Korporative Marktwirtschaft	Subventionierte Marktwirtschaft	Archaische Marktwirtschaft
Arbeitsbeziehungen	dereguliert	mitbestimmt	syndikalistisch	konfliktorientiert
Ausbildungssystem	allgemeinbildend	dualistisch	allgemeinbildend	allgemeinbildend
<i>Corporate Governance</i>	hierarchisch	kollegial, dualistisch	hierarchisch	hierarchisch
Finanzsystem	Investmentbanking, Kapitalmarkt	private, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Universalbanken	außengeleitet	außengeleitet
Interessenpolitik	pluralistisch	Verbände	Staatsintervention	Staatsintervention
Soziale Sicherung	Marktstaat	Sozialstaat	Wohlfahrtsstaat	schwacher Wohlfahrtsstaat
<b>Produktionsweise/Märkte</b>	tertiärer Fordismus/Franchising	diversifizierte Qualitätsproduktion	tertiäre u. agrarische Massenproduktion	tertiäre Massenproduktion

*Quelle:* Eigene Darstellung.

### III. Die wirtschaftskulturelle Landschaft Europas

Die kontrastreichen Eigenheiten der europäischen Produktionsregime vollständig aufzulisten, wäre ein hoffnungsloses Unterfangen. Aus der Nähe betrachtet, löst

sich der europäische Wirtschaftsraum in ebenso viele *varieties of capitalism* auf, wie es dort historisch verschiedenartige Wege in die Moderne gibt.<sup>9</sup> Seine Entstehungsgeschichte unterscheidet den europäischen Wirtschaftsraum insbesondere von dem der USA, die auf eine einheitliche Wirtschaftskultur verweisen können (*E pluribus unum*)<sup>10</sup>. Diese erlaubt es aber auch, die Unterschiede zwischen den europäischen Wirtschaftskulturen wenigstens in groben Zügen zu beschreiben und ihre jeweiligen komparativen institutionellen Vorteile auf dem Weltmarkt herauszuarbeiten. Im Wesentlichen sind es vier Wirtschaftskulturen, die so den Auftritt der europäischen Wirtschaft in der Weltwirtschaft bestimmen (s. Abb. „Europäische Wirtschaftskulturen“).

Der *angelsächsische Kapitalismus* erfuhr seine wesentliche Prägung im Zeitalter des weltweiten Merkantilismus und wurde stark von den a-rationalem Gewohnheiten protestantischer Minderheiten beeinflusst: „Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“<sup>11</sup> Kennzeichnend für das wirtschaftliche Denken und Handeln ist die geringe Bereitschaft eines starken Wirtschaftsbürgertums, seine persönliche Handlungsfreiheit auf Märkten freiwillig einzuschränken. Das Vertrauen in die unsichtbare Hand des Marktes ließ der Fähigkeit zur spontanen Soziabilität weniger Raum als auf dem Kontinent. Schon im 19. Jahrhundert kehrte Großbritannien, *the first industrial nation*, seiner früh ausgeprägten industriellen Wirtschaftskultur den Rücken, um sich auf den Kapitalmärkten rentableren Anlageformen zuzuwenden. Britische Anleger investierten verstärkt in brasilianische Minen oder russische Eisenbahnen und nicht – wie die deutschen – in neue Industrien wie die Großchemie, den Maschinenbau oder die Elektrotechnik.<sup>12</sup> Die liberale Orientierung der angelsächsischen Wirtschaftskultur hat sich so noch verstärkt. Dem Niedergang der britischen Wirtschaft im 20. Jahrhundert war dann die Verschmelzung mit der US-Kapitalmarktkultur ge-

9 Hall, P.H./Soskice, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford, 2001; Fukuyama, F.: *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity*, New York, 1995.

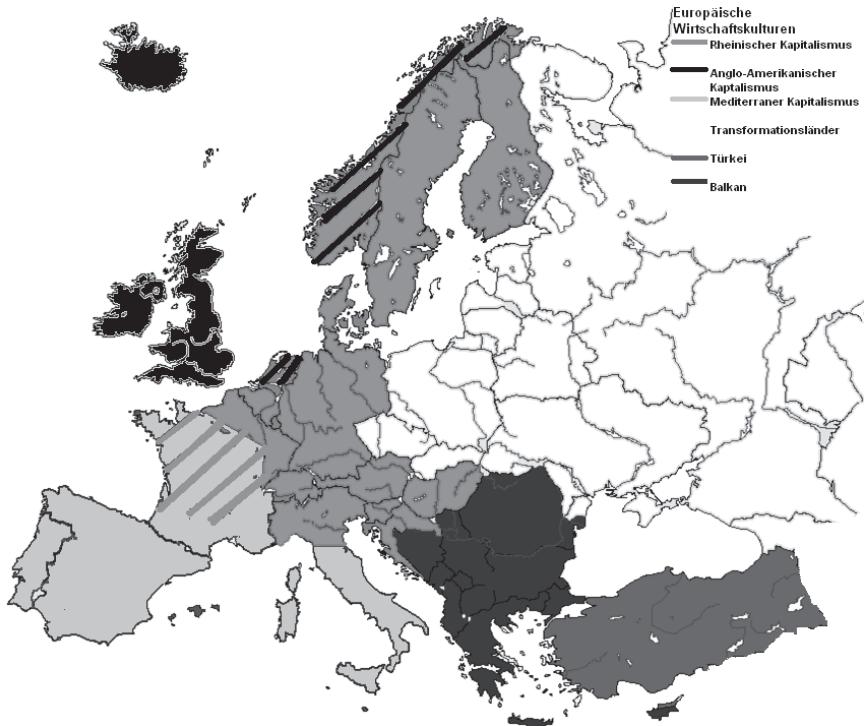
10 Der bis in die 1950er Jahre offizielle Wahlspruch der USA bezieht sich sowohl auf die Vielfalt der Bundesstaaten, die in den USA aufgehen, als auch auf die Funktion des Einheitsstaates mit einer einheitlichen Wirtschaftskultur als „Schmelzriegel“ von Einwanderern aus zahlreichen Nationen und Ethnien.

11 Marx, K.: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I (1867), MEW 23, Berlin, 1979, 621; grundlegend Weber, M.: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1904/1920), Vollständige Ausgabe. Hrsg. u. eingel. v. Dirk Kaesler, 3. Aufl., München, 2010.

12 Abelshauser, W.: Von der Industriellen Revolution zur Neuen Wirtschaft. Der Paradigmenwechsel im wirtschaftlichen Weltbild der Gegenwart, in: Osterhammel, J./Langewiesche, D./Nolte, P. (Hg): *Wege der Gesellschaftsgeschichte*, Göttingen, 2006, 201-218.

schuldet, die in den 1980er Jahren endgültig ihren globalen Siegeszug antrat.<sup>13</sup> Auch wenn Großbritannien nicht selbst dem Euroraum angehört oder an der Spitze der europäischen Bewegung marschiert, lässt sich die anglo-amerikanische Wirtschaftskultur daher als eine treibende Kraft der europäischen Integration nicht wegdenken.

*Abbildung 1: Europäische Wirtschaftskulturen*



*Quelle:* Eigene Darstellung.

Das *europäische Kerngebiet* schritt auf anderen Wegen in die Moderne. Sie führten kreuz und quer durch den Kontinent, und es gibt wenige Regionen, die nicht irgendwann an diesem Weg lagen. Der französische Autor *Michel Albert* hat die Wirtschaftskultur, die so entstanden ist, *capitalisme rhénane* (Rheinischer Kapitalismus) genannt und meinte damit einen historisch gewachsenen Wirtschaftsraum, der von Skandinavien bis Norditalien und von der Seine bis an die

13 *Chappe, R./Nell, E./Semmler, W.:* On the History of the U.S. Financial Culture, in: Abelshauser et al. (Hg.), a.a.O., 59-84.

Oder reicht.<sup>14</sup> Das Itinerar seiner Entstehungsgeschichte beginnt spätestens auf der West-Ost-Transferstraße der Hansezeit, die den flandrischen Tuchstapel im Westen mit den Rohstoffmärkten von Nowgorod am Ilmensee verband und deren Einzugsbereich von Skandinavien bis nach Westfalen reichte. Es setzt sich fort auf jenen quer durch Kontinentaleuropa ziehenden Entwicklungsachsen von Brügge nach Genua und von Antwerpen nach Venedig, auf denen zunächst die Messen der Champagne, dann die oberdeutschen „Industrieviere“ um Augsburg und Nürnberg zu Knotenpunkten institutioneller Innovationen der Moderne wurden. In der Hansezeit waren es vor allem die Ausbreitung der autonomen Stadtwirtschaft als exportfähiges Muster moderner Wirtschaftsverfassung, der Zunft als genossenschaftliche Organisationsform innovativer gewerblicher Institutionen und die Bündelung einer Vielzahl privilegierter Rechtsnormen zu Spielregeln, die den vieldeutigen, aber doch auf lange Zeit höchst effizienten Inhalt des hansischen Herrschaftsrahmens (*Hanseatic „governance“*) ausmachten.<sup>15</sup> Danach rückten immer mehr die institutionellen Innovationen auf dem Gebiet des Kreditwesens, der gewerblichen Großorganisation, der renditeorientierten Unternehmung und der rationalen Wirtschaftsgesinnung – also die Grundlagen des Kapitalismus – in den Vordergrund. Es fällt in der Tat schwer, die gewerblichen Innovationen dieser vom Erzbergbau, der Metallverarbeitung und der Textilindustrie geprägten Produktionslandschaft in institutioneller, organisatorischer und technischer Hinsicht gedanklich von den Errungenschaften der Industriellen Revolution in England abzusetzen, auch wenn viele ihrer sichtbaren Ausprägungen in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges in dieser Region wieder untergegangen sind.<sup>16</sup> Heute verkörpert der Rheinische Kapitalismus den starken Kern des Euroraumes und verleiht ihm ein hohes Maß an wirtschaftskultureller Geschlossenheit. Als dichte Landschaft freiwillig akzeptierter „Spielregeln“ steht seine Wirtschaftskultur geradezu in idealtypischem Gegensatz zur Ideologie der Marktwirtschaft der unsichtbaren Hand, wie sie seit dem 18. Jahrhundert in England Gültigkeit hat.

Kennzeichen der im *Süden Europas* vorherrschenden Wirtschaftskultur ist eine distanzierte Haltung der wirtschaftlichen Akteure zum Staat, ihre gering ausgeprägte Fähigkeit, Sozialkapital zu bilden und zu nutzen sowie eine der agrarisch-tertiären Produktionsweise geschuldet Tradition weicher Währungen (Tab. 2).

14 Albert, M.: Capitalisme contre Capitalisme, Paris, 1991, 24f.

15 Abelshauser, W.: Von der Industriellen Revolution zur Neuen Wirtschaft, a.a.O.

16 von Stromer, W.: Gewerbereviere und Protoindustrien in Spätmittelalter und Frühneuzeit, in: Pohl, H. (Hg): Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart, 1986, 39-111.

Tabelle 2: Wirtschaftskulturelle Differenzierung in der EU

Kulturelle Handlungsmuster	Anglo-Kapitalismus	Rheinischer Kapitalismus	Mediterraner Kapitalismus	Balkan-Kapitalismus
Familismus	schwach, aber stark ethnisch differenziert	regionale Netzwerke ( <i>cluster</i> )	stark, schwache intermediäre Institutionen	amoralisch, Schutzwirtschaften
Sozialität/ Sozialkapital	hoch, aber nachlassend	hoch	schwach	sehr schwach
Rolle des Staates	nachrangig	moderierend	wirkungslos	instrumental
Unternehmerischer Horizont	kurzfristig	langfristig	kurzfristig	kurzfristig
Marktkoordination	einzelwirtschaftlich	Korporationen und Verbände	Staat, einzelwirtschaftlich	einzelwirtschaftlich
Finanzierung	Risikokapital	„geduldiges“ Kapital	Kapitalmarkt	Kapitalmarkt
Sparquote	sehr niedrig	hoch	sehr hoch	sehr hoch
Leitmärkte	„fordistisches Design“	„nachindustrielle Maßschneiderei“	Dienstleistung, Agrarmärkte	Dienstleistung, Agrarmärkte
<hr/>				
<b>Kulturelle Ausstrahlung</b>	UK, Irland, Kapitalmärkte, Niederlande, Norwegen	Skandinavien, Benelux, Österreich, Deutschland, Norditalien, Frankreich, Schweiz	Süditalien, Spanien, Frankreich, Malta, Portugal	Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Zypern, westl. Balkan

Quelle: Eigene Darstellung.

Es ist sicher kein Zufall, dass praktisch alle Länder des Mediterranen Kapitalismus (aber auch der Balkanstaat Griechenland) im 20. Jahrhundert gründliche Erfahrungen mit faschistischen Bewegungen machen mussten, die angetreten waren, das offenkundige Defizit an staatlicher und gesellschaftlicher Wirksamkeit durch autoritäre Ordnung zu kompensieren. Wie tiefgreifend und langwierig die Ursachen dieses Defizits sind und wie scharf die Abgrenzung zum Rheinischen Kapitalismus ausfällt, lässt sich an der Geschichte der wirtschaftskulturellen Spaltung Italiens *in nuce* zeigen. Während im Süden seit dem 12. Jahrhundert ein effektiver, auf Feudalismus gegründeter bürokratisch-autokratischer Staat herrscht, den die Normannen errichtet und andere fremde Mächte fortgeführt haben, entstehen gleichzeitig im Norden autonome, selbstverwaltete Stadtrepubliken, deren Bürger sich am Gemeinwohl orientieren – und aufs Engste „rheinisch“ verlinkt sind. Auch dort, wo sie ihre Selbständigkeit später verlieren, bewahren sie die Fähigkeit, Sozialkapital zu akkumulieren und wettbewerbsfähig-

ge Institutionen hervorzu bringen. Wie tief dieser wirtschaftskulturelle Graben auch heute – mehr als 150 Jahre nach Gründung des italienischen Nationalstaates – noch reicht, bringt *Vera Zamagni* auf den Punkt: „Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass der *Mezzogiorno* mit seinen historisch gewachsenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen von außen verändert werden kann.“<sup>17</sup> Die in Bologna lehrende Wirtschaftsprofessorin weiß, dass eine solche wirtschaftskulturelle Umwälzung viel Zeit erfordert, zumal der bisher zurückgelegte Weg „keineswegs kürzer gewesen ist – und noch dazu ergebnislos“. Damit soll nicht unterstellt werden, der Süden Italiens und die übrigen Länder des Mittelmeerraums hätten keine eigene Wirtschaftskultur. Sie haben eine andere mit komparativen institutionellen Vorteilen durch stabilen wirtschaftlichen Familismus auf den Dienstleistungsmärkten und, was die Iberische Halbinsel angeht, durch ein weltweites Netzwerk von Handelsbeziehungen (Tab. 1 und 2). Hier müsste produktive Ordnungspolitik ansetzen, die geeignet ist, die derzeit schwache Verfassung der mediterranen Wirtschaft zu überwinden.

Die wirtschaftskulturelle Orientierung Europas ist noch keineswegs abgeschlossen. Dies gilt vor allem für die *Transformationsstaaten im Osten*, die dabei sind, an eigenen Traditionen anzuknüpfen oder die institutionelle Ordnung anderer Wirtschaftskulturen zu übernehmen. Lange Zeit lag in diesem Kulturmobil, der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks einsetzte, die liberale Marktwirtschaft anglo-amerikanischen Zuschnitts weit vorn, weil sich der Dynamik ihrer Kapitalmärkte kaum jemand entziehen konnte. In jüngster Zeit hat aber die „rheinische“ Wirtschaftskultur – etwa im Baltikum oder in den aus der k.u.k. Doppelmonarchie hervorgegangenen mitteleuropäischen Staaten – deutlich an Einfluss gewonnen, so dass der Ausgang noch offen ist. Es geht dabei nicht darum, dass sich die überlegene Wirtschaftskultur am Ende durchsetzt. Wirtschaftskulturen kennen keine hierarchische Ordnung. Entscheidend sind allein ihre Eignung im Wettbewerb auf konkreten Märkten und die Funktionsfähigkeit ihrer Institutionen unter den gegebenen historisch gewachsenen Voraussetzungen.

Solange der wirtschaftliche Integrationsprozess mit der Errichtung und Vollendung der Zollunion und eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes gleichzusetzen war, hatte eine Strategie der Harmonisierung durchaus Sinn. Sie ließ

<sup>17</sup> *Zamagni, V.: Industrializzazione e squilibri regionali in Italia: Bilancio dell'età giolittiana*, Bologna, 1978, 216. Zur wirtschaftskulturellen Teilung Italiens vgl. auch *Putnam, R.: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, 1993 und *Fukuyama, F., a.a.O.*, 10. Zum klassischen Konzept eines „Dritten Italien“ zwischen Norden und Süden vgl. *Bagnasco, A.: Tre Italia: la problematica territoriale dello sviluppo italiano*, Bologna, 1977.

sich mit dem ordnungspolitischen Instrument der Durchsetzung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf übersichtliche und vertraglich kodifizierte Weise realisieren. Jetzt, da der Binnenmarkt vollendet ist und zufriedenstellend funktioniert, stellen sich der Europapolitik komplexere Aufgaben. Eine einheitliche Ordnungspolitik, wie sie ein europäisches Währungssystem für die Kapitalmärkte, die Finanzpolitik und die Währungsintegration durchaus braucht, muss nicht immer den Bedürfnissen der Vielfalt europäischer Wirtschaftskulturen entsprechen. Spannungen und Instabilität im gemeinsamen Währungsraum sind zwangsläufige Folgen. Eine wirksame Strategie der Integration muss sich deshalb der komparativen institutionellen Vorteile der betroffenen Wirtschaftskulturen immer bewusst sein und mit produktiver Ordnungspolitik ihre Stärken hervorheben. Der Brüsseler Apparat wäre in seiner jetzigen Verfassung gewiss überfordert, derart komplexe wirtschaftspolitische Strategien zu exekutieren. Dazu fehlen ihm rechtliche und sachliche Voraussetzungen. Hier ist vielmehr die Kompetenz der Mitgliedstaaten gefragt. Was die EU aber vor allem braucht, sind Regeln, die Einheit in der Vielfalt zulassen, und ein Währungssystem, das damit kompatibel ist.<sup>18</sup>

#### **IV. Deutschland zwischen Europäischem Binnenmarkt und Weltwirtschaft**

Ideal für Deutschland ist nach wie vor ein Integrationsziel unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung, das gleichwohl einheitliche Verhältnisse auf dem europäischen Binnenmarkt garantiert und damit eine sichere wirtschaftliche Basis. Dies würde nicht „mehr Europa“ bedeuten, sondern die Aufgabe stellen, den *Status quo* von Lissabon und Nizza abzusichern und komfortabel auszustatten. Dagegen birgt jedes Überschreiten der Grenzlinie zur Supranationalität auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Gefahr von Verletzungen der Interessen von Mitgliedstaaten. Dies gilt in erster Linie für den mediterranen Raum, dessen Wirtschaftskultur in der Vergangenheit keine Hartwährungspolitik verlangt hat. Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzregierung könnte aber auch zu leicht geneigt sein, Besonderheiten der „rheinischen“ Wirtschaftskultur abzuschleifen, die nur schwer in den Rahmen standardkapitalistischer Normen passen – und noch dazu andere Staaten unter Erfolgsdruck setzen. Dazu zählt etwa das deutsche Bankensystem mit seinem mehrheitlichen Anteil öffentlich-rechtlicher

18 In der Debatte um die Entwicklung des Europarechts gibt es ganz ähnliche Überlegungen. Vgl. dazu Joerges, C.: *Unity in Diversity as Europe's Vocation and Conflicts Law as Europe's Constitutional Form*, LEQS-Paper, 28 (2010), LSE rev. version, London, 2013.

Institute. Dieses entspricht zwar den Bedürfnissen der in Deutschland maßgebenden mittelständischen Wirtschaft, weil es eine einigermaßen gleichmäßige Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen über die Fläche ermöglicht. Ein genossenschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisiertes Bankensystem entspricht aber nicht dem Modell eines nach reinen Wettbewerbsgesichtspunkten organisierten Kapitalmarktes. Ähnliches gilt für das duale System der Berufsbildung, das von außen gesehen den Nachteil zu haben scheint, eine höhere Studierendenquote zu verhindern. Praktiker beklagen bereits jetzt die Tendenz, in europaweiten Ausschreibungen die hohen deutschen Qualifikationsanforderungen an Facharbeiter als wettbewerbshemmenden administrativen Protektionismus anzusehen und zu unterlaufen.<sup>19</sup> Mitbestimmung und Sozialstaat wären weitere Felder, auf denen komparative institutionelle Wettbewerbsvorteile auf dem Spiel stünden. Die Gefahr ist umso größer, als auch viele deutsche Akteure deren Wert selbst nach der jüngsten Krisenerfahrung noch immer nicht verstanden haben.

Eine Einheitswährung gehört ebenfalls nicht zu den Grundvoraussetzungen gut funktionierender europäischer Märkte. Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, *Anton Börner*, hat diese Selbstverständlichkeit im November 2011, auf dem Höhepunkt der „Eurokrise“, nüchtern ausgesprochen: „Wir können ohne den Euro leben.“<sup>20</sup> Die Parole: „Scheitert der Euro – scheitert Europa“, geht daher an der Wirklichkeit vorbei. Eher ist das Gegenteil richtig: Das Scheitern des Euro könnte die Europäische Union verkraften, nicht aber alle Strategien zu seiner Rettung. Tatsächlich reicht ein möglichst umfassendes europäisches Währungssystem mit festen Wechselkursen, um die wichtigsten währungspolitischen Ziele ohne politischen Dauerstress und untragbare finanzielle Risiken zu erreichen. Vielmehr wäre die Aufhebung der doppelten währungspolitischen Spaltung Europas in einem einheitlichen europäischen Währungssystem fester Wechselkurse ein erstrebenswertes Ziel. Was die deutsche (ebenso wie die europäische) Wirtschaft wirklich braucht, sind kalkulierbare Währungsverhältnisse, die nach Möglichkeit für ganz Europa gelten.

Auch in der Außenpolitik ist eine europäische Vergemeinschaftung weder vorstellbar noch wünschenswert. Die westeuropäischen Veto-mächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden sich im eigenen Interesse gegen ein gemeinsames europäisches Mandat sträuben. Und eine europäische Außenwirtschafts-

19 Dies war ein Thema auf der Kuratoriumssitzung der Hans-Böckler-Stiftung am 14.11.2013 in Düsseldorf.

20 Deutsche Exporteure hängen nicht am Euro, in: F.A.Z., 10.11.2011, 12.

politik wird den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen müssen, der im Zweifel keinem ihrer Mitglieder gerecht werden kann. Wie sonst nur wenige nationale Flächenstaaten könnte die multilaterale Europäische Union zwar ausnahmsweise ebenfalls über die wirtschaftlichen, militärischen und technologischen Fähigkeiten zugleich verfügen, die notwendig sind, um als Weltmacht aufzutreten. Es fehlen ihr aber auf absehbare Zeit sowohl der Gestaltungswille als auch die Fähigkeit, das europäische Interesse einheitlich abzubilden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass auch einige ihrer Mitgliedstaaten, wie etwa Großbritannien, Frankreich und Deutschland, in der Lage sind, als klassische Großmächte zu agieren, auch wenn Deutschland bisher ausdrücklich keine Bereitschaft zur Machtpolitik zeigt.<sup>21</sup> Angesichts dieser Konstellation sollte sich die Außenwirkung der Europäischen Union darauf beschränken, ein konzertiertes Vorgehen von Mitgliedstaaten gleicher Wirtschaftskultur auf dem Weltmarkt möglich zu machen und ihnen gleichzeitig die Freiheit zu lassen, ihre globalen Interessen auf eigene Rechnung (und Gefahr) zu vertreten. Für Deutschland ist der Spagat zwischen Europa und der Welt besonders schwierig. Eine formale Anerkennung seiner wirtschaftlichen Dominanz ist heute in Europa ebenso schwer vorstellbar wie vor 1914 und nach 1945.<sup>22</sup> Deutschland wird nicht nur aus diesem Grund in einer europäischen Vertragsunion souveräner Staaten mit divergenten Wirtschaftskulturen keine formale Führungsposition anstreben. Es genügt, wenn es seine Handlungsfreiheit behält, um mit sicherem europäischem Rückhalt weltwirtschaftlich agieren zu können. Dies ist ein im europäischen Kontext realistischer Ansatz, weil andere ambitionierte Mitglieder der Union – wenn auch mit weit weniger Aussicht auf Erfolg – diese Positionsbeschreibung ebenfalls für sich in Anspruch nehmen. Allerdings liegen deren Machtressourcen vor allem außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre. Großbritannien und Frankreich stützen ihren weltpolitischen Anspruch in erster Linie auf ihren diplomatischen Status, den sie ihrem historischen Kapital als ständige Vetomächte im Sicherheitsrat und ihrer Stellung als Atommächte verdanken. Sie kompensierten damit in der Vergangenheit ihren schwindenden Einfluss als wirtschaftliche oder kulturelle Mächte von Weltrang. Dagegen hat die Bundesrepublik ihre Option, Atommacht zu werden, die sie im

<sup>21</sup> Perthes,V./Mair, S.: Ideen und Macht. Was definiert die relative Gewichtsverteilung in der Welt?, in: Internationale Politik (IP). Journal der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mai/Juni (2011), 12.

<sup>22</sup> Helmut Schmidt sah die Kunst der deutschen Europapolitik (neben dem Einsatz der „Scheckbuchdiplomatie“ als Schmiermittel) nicht zuletzt in der Fähigkeit, die eigenen Ideen Frankreich zu soufflieren, um sie dann aus der zweiten Reihe zu unterstützen. Interview mit dem Verf. am 25.05.2004 in Hamburg.

Dezember 1956 durch den Kabinettsbeschluss, Atomwaffen in Deutschland zu produzieren, bestärkt hat,<sup>23</sup> 1969/73 endgültig aufgegeben.<sup>24</sup> Jetzt könnte sie – anders als die europäischen Atommächte – aus dieser Entscheidung wirtschaftlichen Nutzen ziehen, weil sie in der Lage ist, ihre Energiewirtschaft vom atomaren Kreislauf zu trennen, ohne dazu eine Grundlage ihres weltpolitischen Anspruchs aufzugeben zu müssen. Eine einheitliche europäische Energiepolitik ist unter diesen Bedingungen jedenfalls kaum denkbar.<sup>25</sup>

Die Notwendigkeit, ein weltpolitisches Konzept seiner Rolle zwischen europäischem Binnenmarkt und dem Weltmarkt zu entwickeln, war für Deutschland lange Zeit nicht zwingend. Für die wirtschaftliche Großmacht stellte sich die Frage nach den Optionen zur Sicherung der eigenen globalen Interessen vor 1990 nicht. Deutschland als Ganzes war nicht souverän und so sah sich die alte Bundesrepublik dem Blockdenken der westlichen Welt in besonderer Weise verpflichtet. Durch die *Hallstein-Doktrin* legte sie sich sogar noch zusätzliche Fesseln an, die ihre Beziehungen zu den *emerging markets* der blockfreien Länder weiter hemmten. Mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990 fiel zwar die Souveränitätsbeschränkung weg,<sup>26</sup> nicht aber die mentale und militärische Bindung an die Vereinigten Staaten als atomare Schutzmacht der Deutschen. Erst die Entscheidung, sich nicht offiziell am Zweiten Irakkrieg der USA zu beteiligen, machte die deutsche Handlungsfreiheit weltpolitisch erstmals aktenkundig – auch wenn sie durch das Schrödersche Engagement in Afghanistan kompensiert wurde. Eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik weg vom Blockdenken hin zu neuen Optionen in einer multipolaren Welt lässt sich aber bisher kaum erkennen. Wie unsicher die deutsche Außenpolitik in der Wahrnehmung eigner Optionen ist, zeigt die Aufregung, die die Stimmenthaltung im Sicherheitsrat zur Libyen-Frage auch in der Bundesregierung hervorrief.<sup>27</sup>

23 Protokoll (Auszug) vom 21.12.1956 der 164. Kabinetsitzung, Bundesarchiv Militärarchiv, BW1/48957 Bd. 2, 388f. (geheim).

24 Das geflügelte Wort von „Deutschlands Atombombe“, das danach zur Charakterisierung der D-Mark als (ungeliebter) europäischer Ankerwährung von westeuropäischen Diplomaten geprägt wurde, unterstreicht noch die „psychologischen Verwerfungen“, die der deutsche Wirtschaftserfolg bei Nachbarländern mit politischen Statusängsten auslöste. Rödder, A.: Wunschkind Euro, in: F.A.S., 12.01.2014, 25.

25 Ausführlicher zu dieser Frage vgl. Abelshauser, W.: Der Traum von der umweltverträglichen Energie und seine schwierige Verwirklichung, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101/1 (2014), 1-13.

26 BGBl. 1990 II, 1317.

27 „Die Isolierung des Systems Westerwelle“, in: F.A.Z., 19.03.2011, 4. Die Bundesregierung stellte sich auf dem G20-Treffen von St. Petersburg am 06.09.2013 zunächst als einzige G20-EU-Macht nicht hin-

Eine Neubestimmung des Verhältnisses zu den Schwellenländern liegt ebenfalls außerhalb des von der Europäischen Union gezogenen politischen Rahmens. Der komparative politische Vorteil Deutschlands besteht hier in seiner wirtschaftlichen Kompatibilität zu den Märkten in Brasilien, Russland, Indien oder China. Anders als die alten Westmächte steht Deutschland nicht im direkten Wettbewerb mit diesen aufstrebenden Volkswirtschaften, sondern unterstützt sogar noch deren wirtschaftliche Ambitionen – von denen es wiederum selbst profitiert. Diese Rolle als begehrter Ausrüster der *emerging markets* sollte es Deutschland leicht machen, das Gespräch mit den neuen Prätendenten einer multipolaren Weltordnung zu suchen, um gemeinsame Interessen abzustecken und durchzusetzen. Deutschland könnte so Subjekt einer sich wandelnden *lex mercatoria* bleiben und nicht Objekt neuer Regeln werden, mit deren Hilfe sich die aufsteigenden Nationen ihren Weg bahnen.<sup>28</sup> Die Plattform der G20 bietet dazu ganz neue Koalitionsmöglichkeiten. Die erfolgreiche Vertretung deutscher Interessen auf dem Weltmarkt setzt aber zunächst eigene Vorstellungen von Weltpolitik und globaler Bündnispolitik voraus. Darüber offen nachzudenken, fällt Berlin nach wie vor schwer, weil solche Überlegungen den europapolitischen Rahmen zu sprengen scheinen und dabei immer noch die gescheiterten Ambitionen des Kaiserreichs und die ruch- und maßlosen Konzepte der 1930er Jahre im Hintergrund stehen. Deshalb finden sich heute auch kaum Denkansätze in diese Richtung – weder im akademischen Bereich noch im Rahmen der Berliner Regierungsstäbe.<sup>29</sup> Als Bundespräsident *Horst Köhler* im Mai 2010 in einem Radiointerview beiläufig davon sprach, Deutschland als große Handelsnation müsse sich im Klaren sein, dass zur Sicherung freier Handelswege notfalls auch der Einsatz militärischer Mittel nötig wäre, löste dies fast eine Staatskrise aus.<sup>30</sup>

Die weltpolitische Zurückhaltung der Bundesrepublik steht im scharfen Gegensatz zur wachsenden Bedeutung des Landes für die Ordnung des Weltmarktes – sei es als nationaler Akteur im Rahmen globaler Politiken oder als ein von außen

ter die amerikanische Angriffsdrohung wegen des Giftgaseinsatzes in Syrien. ARD-Tagesschau vom 06.09.2013.

28 Dies gilt vor allem für die deutsche Position in den VN und deren internationalen Finanzinstitutionen.

29 Typisch der „diplomatische“ Duktus in Wirsching, A.: Europapolitik in der Dauerkrise: zeithistorische Diagnosen, globale Perspektiven und deutsche Erwartungen, in: ZSE, 11/2 (2013), 169-188.

30 Interview mit Christopher Riecke im Deutschlandradio am 22.05.2010; „Rücktritt des Bundespräsidenten: Merkel warnte Köhler vor schwerer Krise für Deutschland“, in: Spiegel online, 01.06.2010. Köhler empfand die harsche Reaktion auf seine Einschätzung demütigend für das Amt und seine Person und trat zurück. Ironischerweise gab er das Interview auf dem Rückflug vom Hindukusch, wo die Bundesrepublik seit 2001 ihrem alten Bündnispartner USA blutigen Tribut zollt.

so wahrgenommenes Führungsland der Europäischen Union und des Euroraums. Deutschlands starke Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt ist dabei weniger durch eigene wirtschaftliche Schwäche gefährdet, als vielmehr durch Veränderungen der globalen Rahmenbedingungen, auf deren Gestaltung das Land zu wenig Einfluss nimmt. In letzter Konsequenz muss es darum gehen, das deutsche Gewicht für die Aushandlung und Durchsetzung von Regeln einzusetzen, die geeignet sind, die anstehenden Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft möglichst ohne militärische Konflikte zu begleiten. Gerade die europäische Geschichte zeigt, dass der Wandel der Weltwirtschaftsordnung auch andere Wege nehmen kann. Die Ablösung der hanseatischen Ordnung einer von den oberdeutschen Städten mitgeprägten mittelalterlichen Weltwirtschaft war das Resultat langjähriger kriegerischer Auseinandersetzungen. Am Ende stand die 1648 im Frieden von Münster und Osnabrück besiegelte *Westfalian „governance“* der souveränen Territorien und Nationalstaaten.